

Annette Widmann-Mauz MdB

PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



„Meilenstein für die Versorgungsqualität der Patientinnen und Patienten“



Liebe Leserinnen und Leser,

in 2./3. Lesung hat die christlich-liberale Regierungskoalition das Versorgungsstrukturgesetz im Deutschen Bundestag verabschiedet. Mit dem Gesetz setzen wir einen Meilenstein für mehr Versorgungsqualität der Patientinnen, indem wir dem Ärztemangel - insbesondere auf dem Land - wirkungsvoll entgegenreten. Probleme beim Finden von Nachfolgern für Hausarztpraxen wie in Ofterdingen oder zuletzt in Öschingen zeigen, dass auch bei uns dringender Handlungsbedarf besteht.

Mit dem verabschiedeten Maßnahmenkatalog haben wir ein wesentliches Ziel des Koalitionsvertrages erfüllt: Die Aufrechterhaltung einer guten, wohnortnahen und flächendeckenden Versorgungsstruktur mit niedergelassenen Haus- und Fachärzten mit Hilfe finanzieller Anreize, bürokratischer Entlastungen und einer zielgenaueren Bedarfsplanung.

Das bedeutet konkret: Preiszuschläge für vertragsärztliche Leistungen, Wegfall von Mengenbegrenzungen sowie flexiblere und familienfreundlichere Niederlassungsbedingungen, z.B. durch die Lockerung der Residenzpflicht, die den Vertragsarzt bislang an seinen Wohnort bindet. Das Versorgungsstrukturgesetz ist kein Kostendämpfungsgesetz, sondern eine nachhaltige Investition, die den Patienten im ländlichen Raum direkt zu Gute kommt.

Ich bin überzeugt, dass sich die wahrgenommene Versorgung der Patientinnen und Patienten durch das neue Gesetz spürbar verbessern wird. In dem Gesetz haben wir auch die Voraussetzungen für ein patientenfreundlicheres Entlassmanagement beim Übergang von der Krankenhausbehandlung in die ambulante Versorgung geschaffen. Künftig erfolgt hier eine engere Abstimmung mit den weiterbetreuenden Ärztinnen und Ärzten.

Zudem haben wir Maßnahmen ergriffen, die die Wartezeiten bei der Überweisung vom Haus- zum Facharzt verkürzen, – auf ganzer Linie gute Nachrichten für alle Patienten.

Um die Versorgung mit Hausärzten und Allgemeinmedizinern langfristig zu sichern, appelliert die Bundesregierung an die Länder, die Auswahlverfahren zum Medizinstudium attraktiver zu gestalten und vermehrt Lehrstühle für Allgemeinmedizin einzuführen.

Die Uniklinik Tübingen hat mit ihrem Lehrbereich für Allgemeinmedizin und der Einbindung in das „Kompetenzzentrum Allgemeinmedizin Baden-Württemberg“ die Zeichen der Zeit erkannt. Die pädiatrische Ambulanz an der Uni-Kinderklinik profitiert zudem von einer besseren Vergütung bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die im Versorgungsgesetz festgeschrieben wurde.

Ihre

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus dem Parlament



Auf der Tagesordnung steht jetzt eine Stabilitätsunion

Am diesem Freitag gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 9. Dezember 2011 ab. Dabei dämpfte sie Erwartungen einer raschen Lösung der Euro-Schuldenkrise. Die Krise sei nicht mit einem Befreiungsschlag über Nacht und quasi einem Paukenschlag zu lösen. Sie bekräftigte das Ziel, die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken. Auf der Tagungsordnung stehe jetzt eine Stabilitätsunion.

Sie skizzierte die verschiedenen Etappen zur Lösung der Euro-Schuldenkrise. Es sei ein Prozess gewesen, indem erst im Laufe der Zeit Einigkeit über die Ursachen der Krise zu erzielen gewesen sei. Ebenso bestünde nunmehr Einigkeit darüber, diese Ursachen gemeinsam zu bekämpfen. Die Notwendigkeit einer Fiskalunion sei inzwischen weitgehend anerkannt. „Wir reden nicht nur über eine Stabilitätsunion, sondern wir fangen an, sie zu schaffen.“ Dies sei gar nicht hoch genug einzuschätzen. Die Kanzlerin warb mit Blick auf den bevorstehenden EU-Gipfel erneut für Vertragsänderungen, um eine Fiskalunion zu schaffen.

Die Möglichkeit, Verträge innerhalb der Eurogruppe zu schließen, wäre nur „die zweitbeste Lösung“. Die Kanzlerin betonte, Deutschland wolle eine Spaltung der EU in Euro-Staaten und Mitgliedstaaten ohne den Euro vermeiden. Die Kanzlerin sagte weiter, die Krise biete auch eine Chance zur Umkehr und zum Lernen. Es gebe relativ einfache Regeln, die zu beachten seien: Sie müssten eingehalten und Verstöße geahndet werden. Verantwortungsvolles

nationales Handeln müsse Hand in Hand gehen mit europäischer Solidarität. Durchgriffsrechte seien aber nicht zu verwechseln mit Eingriffen in nationale Haushalte.

Die Kanzlerin erteilte gemeinsamen Staatsanleihen der Euro-Länder erneut eine klare Absage. Eine gemeinsame Haftung für die Schulden anderer sei nicht denkbar. Deshalb erledige sich die Debatte über Eurobonds. Dies sei kein Beitrag zur Überwindung der Krise. Eurobonds könnten jetzt nicht als Rettungsmaßnahmen gegen die Krise eingesetzt werden. Die Autorität der europäischen Institutionen müsse so gestärkt werden, dass auch glaubwürdige Durchgriffsrechte möglich seien. Die Politik müsse ihre Glaubwürdigkeit und ihre Vertrauenswürdigkeit wieder herstellen. So



©CDU/GSU Bundestagsfraktion

müssten beschlossene Maßnahmen auch umgesetzt werden.

Merkel forderte die europäische Bankenaufsicht auf, schnell ihre Entscheidungen zur Refinanzierung von Banken zu verkünden und damit rasch für Klarheit zu sorgen.

Die Kanzlerin warnte davor, die Möglichkeiten des neuen Euro-Rettungsfonds EFSF zu unterschätzen. „Ich rate uns, nicht die EFSF schlecht zu reden, sondern das zu machen, was möglich ist“. Die Kanzlerin sagte, es sei höchstes Gut unserer Demokratie,

die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Gerichte und der Notenbanken zu schützen. Daher werde sie auch künftig nichts kommentieren, was die Europäische Zentralbank (EZB) tun oder lassen werde. Merkel betonte zugleich, dass als Aufgabe der EZB die Geldwertstabilität festgeschrieben sei. Die EZB habe eine andere Aufgabe als die Notenbanken in den USA oder Großbritannien. Die Bundeskanzlerin zerstreute Bedenken vor einer Dominanz Deutschlands in der Europäischen Union.

Die klaren Vorstellungen der Bundesrepublik für eine Stabilitäts- und Fiskalunion hätten nicht damit zu tun, dass sie Europa dominieren wolle. „Das ist abwegig“, sagte die Kanzlerin. Die deutsche und die europäische Einigung „waren und sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Und das werden wir nie vergessen.“ Hintergrund: Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy gab am Donnerstagabend bei einer Grundsatzrede zur Zukunft der EU in der französischen Hafenstadt Toulon bekannt, dass Deutschland und Frankreich ihre Pläne zur Euro-Rettung am kommenden Montag in Paris vorstellen werden. Angestrebt ist die Verschärfung der Stabilitätskriterien der EU-Verträge. Die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten soll besser kontrolliert und eine zu hohe Verschuldung verhindert werden.

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus dem Parlament



Landwirtschaftliche Sozialversicherung

In erster Lesung haben wir das **Gesetz zur Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG)** beraten. Ziel einer Neuordnung der Organisationsstruktur ist es, die Aufgabenerledigung durch umfassende Bündelung bei einem Bundesträger effizienter zu gestalten. Es wird in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) ein Bundesträger mit Hauptverwaltung und Geschäftsstellen als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts errichtet, der Träger der gesamten LSV (Alterssicherung, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung) wird.

In diese Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau werden die bisherigen regionalen Träger, die Träger für den Gartenbau und der Spitzenverband der LSV eingegliedert. Auch die Selbstverwaltung wird neu organisiert.

Für die einzelnen Zweige der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wird eine Obergrenze bei den Verwaltungs- und Verfahrenskosten festgelegt.



Finanzrahmen der EU

Zur Beschlussfassung stand der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Der mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014 – 2020 – Ein strategischer Rahmen für nachhaltige und verant-

wortungsvolle Haushaltspolitik mit europäischem Mehrwert an.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen geht deutlich (um 110 Mrd. Euro) über den Ansatz hinaus, den Deutschland zusammen mit Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Finnland im Dezember 2010 gefordert hat.

Gleichzeitig schlägt die Kommission zur Erhöhung der Einnahmen im Entwurf des neuen Eigenmittelbeschlusses die Einführung einer Europäischen Mehrwertsteuer und eine Europäische Finanzmarktsteuer vor.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU nicht mehr ausgibt, sondern ihre eigenen Mittel besser einsetzt.

Die Einführung einer eigenen EU-Steuer lehnen wir ebenso ab, wie den Zufluss von Anteilen nationaler Steuern an den EU-Haushalt.



Visa—Warndatei

Das Gesetz zur Einrichtung einer Visa-Warndatei und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes, welches in zweiter und dritter Lesung zur Beschlussfassung anstand, ist von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung des Visamissbrauchs und des internationalen Terrorismus.

Es ergänzt die im Visumverfahren be-

reits bestehenden Prüfmöglichkeiten und unterstützt die deutschen Visumbehörden bei ihrer Tätigkeit.

In der Datei gespeichert werden Visumantragsteller, Einlader, Verpflichtungsgeber und sonstige Referenzpersonen, die mit Verurteilungen wegen bestimmter Straftaten mit Bezug zum Visumverfahren oder mit sonstigem Auslandsbezug oder mit konkreten sonstigen rechtswidrigen Verhaltensweisen wie insbesondere falschen Angaben im Visumverfahren aufgefallen sind.



Beim Bundesverwaltungsamt wird ein Datenabgleichsverfahren durchgeführt, bei dem künftig Daten aus dem Visumverfahren mit bestimmten Daten aus der Anti-terrordatei automatisiert abgeglichen werden. Dies ermöglicht eine Rückmeldung durch Sicherheitsbehörden an die Visumbehörden, wenn Personen aus dem terroristischen Umfeld beabsichtigen, nach Deutschland einzureisen.

Annette Widmann-Mauz MdB

Die politische Lage in Deutschland



Stuttgart 21 – Die Grünen sind am Volk gescheitert.

Die Gegner des Projekts Stuttgart 21, vor allem die Grünen, haben bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg am vergangenen Sonntag eine herbe Niederlage erlitten. Mit 58,8% stimmte eine sehr deutliche Mehrheit für das Infrastrukturprojekt, während 41,2% sich dagegen aussprachen. Auch in der Landeshauptstadt Stuttgart konnten die Projektgegner keine Mehrheit erreichen. Dort stimmten 52,9% für den Weiterbau und 47,1% für den Ausstieg.

Der Ausgang des Volksentscheides ist ein ermutigendes Signal und ein guter Tag für Baden-Württemberg und darüber hinaus. Er macht deutlich, dass die Bürger für große, moderne Infrastrukturprojekte zu gewinnen sind. Die Wirtschaft unseres Landes

ruht auf einer starken industriellen Basis, die ohne eine gut ausgebaute Infrastruktur undenkbar ist. Infrastrukturprojekte bedeuten Wohlstand.

Sie dürfen nicht dem kurzfristigen parteipolitischen Vorteil geopfert werden, wie die Grünen dies versucht haben, als sie vor der Landtagswahl aus den Protesten parteipolitischen Nutzen zogen und den Stuttgart-21-Gegnern versprochen, im Falle eines Wahlerfolgs den Bau des modernen Tiefbahnhofs zu verhindern.

Der Volksentscheid hat deutlich gemacht, dass die „gefühlte Mehrheit“, auf die die Grünen in ihrem Protest gegen das Projekt verwiesen, eben nur eines war: „gefühlte“. Die selbsternannten „Sprecher aller Bürger“, so zeigt das Ergebnis, vertreten oftmals nur ihre eigenen Interessen, nicht aber

das Gemeinwohl. Wir erwarten nun, dass die Landesregierung ihrer Projektförderpflicht nachkommt und den Bau des modernen Tiefbahnhofs sicherstellt.



Kundus-Untersuchungsausschuss: Abschluss nach intensiver Prüfung

In dieser Woche wird der Abschlussbericht des Kundus-Untersuchungsausschusses im Plenum diskutiert. Damit endet die parlamentarische Aufarbeitung des Luftschlags gegen die von den Taliban entführten zwei Tanklastzüge.

Die Bundeskanzlerin hat damals im Namen der Bundesrepublik Deutschland den Angehörigen der zivilen Opfern ihr Bedauern und unsere Anteilnahme ausgedrückt und zudem finanzielle Entschädigungen zugesagt, die auch erfolgt sind

Während seiner insgesamt fast zweijährigen Tätigkeit hat der Ausschuss die Umstände des Luftschlags gründlich untersucht. Die Union hat diese Aufklärung aus ganzer Kraft unterstützt und vorangetrieben, weil hohe Transparenz und intensive Überprüfung des Einsatzes vor Ort wichtige Voraussetzungen für den

Erfolg in Afghanistan sind und bleiben.



Wir haben uns dabei vehement und erfolgreich allen parteipolitischen Versuchen widersetzt, den Untersuchungsausschuss zu einem innenpolitischen Kampf-mittel zu machen. Damit konnten wir Schaden von der Bundeswehr und unserem Verhältnis zur NATO abwenden. Die Union bleibt die stärkste Stütze der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz

ihnen gilt unser Dank, unser Respekt für ihre gefährliche und verantwortungsvolle Aufgaben sowie unsere politische Unterstützung.

Der Untersuchungsausschuss hat nach eingehender Prüfung konkrete Verbesserungen angemahnt, die vom Bundesverteidigungsminister bereits unmittelbar nach dem Luftschlag angegangen worden sind. Dies betrifft vor allem die interne Kommunikation, die Ausgestaltung von Leitlinien sowie die Informationsgewinnung.

Das Ergebnis der Aufarbeitung belegt: Die Bundeswehr ist eine verantwortungsbewusste Armee, die auch beim Einsatzes militärischer Gewalt höchste Maßstäbe zum Schutz von Zivilisten anlegt.

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus der Bundesregierung



Jahreskonferenz der Ostseeregionen in St. Petersburg



Annette Widmann-Mauz unterzeichnet das Übereinkommen als Vertreterin für die Bundesrepublik Deutschland

Am Rande der Jahreskonferenz der Ostseeregionen in St. Petersburg unterzeichnete Annette Widmann-Mauz, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, das Übereinkommen zur Gründung des Sekretariats der Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen.

In Ihrer Rede erklärte Annette Widmann-Mauz: „Eine enge und kooperative Zusammenarbeit ist die Voraussetzung, um grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren wirksam zu bekämpfen. In einigen Ländern der Ostseeregion steigt die Zahl von HIV-Neuinfektionen. Aber auch Tuberkuloseerkrankungen und Hepatitis nehmen zu. Insbesondere der starke Anstieg der Koinfektionen, aber auch die zunehmenden Resistenzen gegenüber Antibiotika, die für die Behandlung dieser Krankheiten eingesetzt werden, geben Anlass zur Sorge. Die enge Vernetzung und Kooperation mit regionalen Partnern birgt großes Potenzial und kann helfen, die gesundheitliche Situation der Menschen in den betroffenen Ländern zu verbessern und Ausbreitung von Krankheiten zu vermeiden.“

Die Partnerschaft für öffentliche Gesundheit und soziales Wohlergehen (Northern Dimension in Public Health and Social Well-being/NDPHS) ist eine regionale Gesundheitspartnerschaft. Mitgliedstaaten sind Deutschland,

Russland, Island, Norwegen, Finnland, Schweden, Polen sowie die baltischen Staaten. Zu den Gründungsmitgliedern gehören auch die Europäische Kommission, die WHO EURO, das Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS) sowie weitere regierungs- und Nichtregierungsorganisationen.

Hauptziele der Gesundheitspartnerschaft sind die Reduzierung der Ausbreitung übertragbarer Krankheiten (z.B. HIV/AIDS, Tuberkulose), die Prävention bei nichtübertragbaren Zivilisationskrankheiten (z.B. Alkohol, Drogen) und die Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung durch eine bessere Gesundheitsversorgung. Mit der Zeichnung des Übereinkommens zur Sekretariatsgründung ist jetzt ein wichtiger Schritt zur Handlungsfähigkeit der Partnerschaft gelungen.



Die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz mit den Vertretern der Regierungen der Republiken Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, der Russischen Föderation sowie des Königreichs Schweden.

Annette Widmann-Mauz MdB

Daten und Fakten



Konjunktur: Optimismus überwiegt

Trotz Finanz- und Staatsschuldenkrise rechnen nach einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln die deutschen Unternehmen nicht mit einer Rezession. Eine Mehrheit der Unternehmen geht davon aus, dass ihre Geschäfte im kommenden Jahr stabil verlaufen werden. 31% rechnen sogar mit einem Produktionszuwachs. Nur 19% der befragten Betriebe gehen von einer Produktionsabnahme aus.

Derzeit schätzen 46% der Firmen ihre wirtschaftliche Situation besser ein als 2010. Lediglich 15% Prozent bewerten ihre Lage schlechter. Der Rest der Befragten kann keine Veränderungen feststellen.

Im Vergleich zum Frühjahr 2011 hat sich die Lageeinschätzung eingetrübt. Damals sagten 60% der Betriebe, ihre Lage sei besser als im Vorjahr. Bei den Exporten rechnen die Unternehmen 2012 mit einem deutlichen Rückgang. So gehen 24% der Betriebe von einer Zunahme ihrer Ausfuhren und 13% von einer Abnahme aus. 2012 wollen 30% der Unternehmen mehr investieren, 20% weniger. Rund 60% der befragten Unternehmen rechnen mit einer stabilen Beschäftigungslage im Jahr 2012. Fast jeder vierte Betrieb plant die Zahl seiner Mitarbeiter im nächsten Jahr zu erhöhen; nur jedes siebte Unternehmen geht von einem Stellenabbau aus.

(Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln)



Privathaushalte sind ohne Zusatzschulden durch die Krise gekommen.

Die Verschuldung der deutschen Privathaushalte ist während der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gestiegen. Der seit rund zehn Jahren anhaltende Trend zu weniger Schulden wurde auch durch die Krise nicht gebrochen. Insgesamt sind die Sparquoten sogar gestiegen. Im Jahr 2009 waren deutlich weniger Haushalte – nämlich 18% – mit Konsumenten- und Immobilienkrediten belastet als während der Dotcom-Krise im Jahr 2000, als es noch circa 20%

waren. Auch die niedrigen Zinsen haben die Haushalte nicht dazu veranlasst, mehr Schulden aufzunehmen.

(Quelle: DIW Berlin)

Community-Mitglieder passen Datenschutz individuell an.

Nutzer von sozialen Netzwerken legen Wert auf die Möglichkeit, ihre Privatsphäre individuell zu bestimmen. Fast alle Community-Mitglieder finden entsprechende Einstellungen wichtig, durch die ihre Daten nur bestimmten Personen zugänglich sind.

An der Spitze der Nutzerwünsche steht die Möglichkeit, die Sichtbarkeit von Daten generell nach Personengruppen zu differenzieren (95%). Jeweils 89% halten es für wichtig, dass sie ihre Pinnwand für bestimmte Personen freigeben können oder das eigene Profil vor Suchmaschinen verbergen können. 86% möchten die Möglichkeit haben, die Kommunikation mit einzelnen anderen Mitgliedern zu blockieren, und 82% plädieren für die Option, das eigene Profil auch innerhalb eines Netzwerks unsichtbar machen zu können. 80% der Nutzer sozialer Netzwerke passen das Datenschutzniveau individuell an. Weitere 9% haben die Standard-Einstellungen bewusst übernommen.

Datenschutz



Lediglich 11% haben sich mit den entsprechenden Möglichkeiten nicht auseinandergesetzt. Insbesondere jüngere Nutzer haben die Voreinstellungen zur Privatsphäre verändert: 89% der 14- bis 29-jährigen Anwender das Datenschutzniveau angepasst. Je älter die Nutzer, desto weniger beschäftigen sie sich mit dem Schutz ihrer Privatsphäre. Auch gibt es Differenzen nach Bildungsabschlüssen. 83% der Abiturienten oder Hochschulabsolventen verändern die Einstellungen, aber nur 69% der Nutzer mit Hauptschulabschluss. Zwei Drittel der Community-Nutzer (66%) fehlen nach eigener Einschätzung noch Informationen, was sie für den Schutz ihrer Daten tun können.

(Quelle: Bitkom)